

## Interessengruppen im bundesdeutschen Neokorporatismus

### 1. Überblick über die Bedeutung der Begriffe

- 1.1. *Interessen*: Interessen sind subjektiv empfundene und „verhaltensorientierte Ziele und Bedürfnisse von einzelnen und Gruppen in einem sozialen Umfeld, bilden den Rohstoff, der in Form von Forderungen, tatsächlichem Verhalten etc. in den politischen Prozeß eingeht und zu Entscheidungen führt.“
- 1.2. *Interessengruppen*: „Interessengruppen gehören zum intermediären System, in dem Vermittlungsleistungen zwischen der Mikroebene der Bürgerschaft und der Makroebene der politischen und administrativen Institutionen erbracht werden“ (Nohlen 2001: S.210)
- 1.3. *Verbände*: Bei Verbänden handelt es sich um Organisationen, die frei gebildet sind und primär dem Zweck der Interessenvertretung dienen. Öffentliche Institutionen wie Industrie- und Handelskammern sowie lockere örtliche Gruppierungen (Idealtyp der Bürgerinitiativen) sind auch zu den Interessenorganisationen zu rechnen.
- 1.4. *Neokorporatismus* (G. Lehmbruch): Synonym für liberalen Korporatismus im Gegensatz zum autoritären Korporatismus. NK bezeichnet die auf die freiwilliger Mitgliedschaft basierenden Arrangements der Interessenvermittlung in demokratischen westlichen Industrieländern, deren Kern die institutionalisierte, gleichberechtigte und freiwillige Kooperation und Koordination von Staat und Verbänden, insb. den Wirtschaftsverbänden, bei der Formulierung und Ausführung gesamtgesellschaftlich verbindlicher Entscheidungen hauptsächlich in der Wirtschafts- und der Sozialpolitik ist.

### 2. Historischer Überblick über die Interessengruppen

- Die Interessenvereinigungen gehen zurück auf die Zeit in Deutschland, in der die ständischen Lebensordnungen an Kraft verloren.
- Entfaltung der Interessengruppen, je weniger das Leben des einzelnen durch Herkunft oder Beruf vorherbestimmt und in eine umfassend gültige Ordnung (wie etwa die Zunftordnung) eingefügt war.
- Im 19. Jhd: noch keine Begegnung der organisierten Interessen und Parteien.
- In der Bismarckzeit: Hier ändert sich die Situation der Interessenvereinigungen.
- Interessenvereinigungen als Gesprächspartnern der Parteien

- Nach 1918: Entwicklung des modernen Sozialstaates aus dem früheren liberalen Rechtsstaat, in dem organisierte Gruppen und eingebürgerte Organisationsformen bereits vorhanden waren.
- Die Verbände brachten ihre Interessen ins Spiel, je mehr die Politik das soziale und wirtschaftliche Gefüge mitzugestalten versuchte.
- *Parteien vs. Verbände*: Die Parteien bemühen sich um die Gesamtkonzeption und verzichteten – um der Mehrheit willen – sich zu eng an einzelne Gruppen und ihre Interessen zu binden. Die Verbände hingegen können unbefangene partikuläre soziale und wirtschaftliche Interessen wahrnehmen, ohne nach der Gesamtverantwortung im Staat zu streben.
- Die mannigfaltigen größeren und kleineren Verbände, die soziale, wirtschaftliche, kulturelle oder politische Interessen vertreten, verkörpern ein antagonistisches soziales System differenzierter Gruppeninteressen, die in der Regel auf gesellschaftlichen Gegensätzen und Spannungen beruhen, und unter denen sich einige große beherrschende Organisationen wie Gipfel über einem Meer anderer Erscheinungen emporheben (Hesse / Ellwein).
- Vertretung der Interessenorganisationen im Deutschen Bundestag (1994):
  - 64,5% vertreten wirtschaftliches, 16,2% soziales, 11,4% kulturelles, 3,1% ökologisches, 2,9% politisches Interesse und 2,0% Freizeitinteresse.

### 3. Strukturierung und Funktionen von Interessengruppen

Schätzungen zufolge gibt es momentan über 200000 Interessenvereinigungen, wobei lediglich 5000 davon im engeren politischen Sinne. Lediglich die in der „Lobbyliste“ (offiziell: Öffentliche Liste über die Registrierung von Verbänden und deren Vertretern) des Deutschen Bundestags akkreditierten Verbände haben Zutritt zum Parlament und dürfen an *Hearings* teilnehmen. Zum 29.05.2002 sind 1761 Verbände dort registriert. Um eine Übersicht zu erhalten, wird die Typologie nach *von Alemann* vorgestellt, die eine Unterscheidung nach fünf gesellschaftlichen Handlungsfeldern vornimmt, in denen Interessenverbänden wirken (→ Abb. 1).

- Intensität der Einflußnahme deutscher Verbände auf das zentrale politische Entscheidungssystem hat sich verstärkt: Waren 1974 lediglich 635 Verbände in der Lobbyliste registriert, so waren es 1984 bereits 1192, 1994 schon 1572 und heute sogar 1761, was einer Zunahme um das ca. 2,7-fache entspricht (→ Tab. 1)
- Strukturierung der Verbände (→ Abb. 2)
- Aufgaben der IG:
  - *Artikulation*, d. h. Beschreibung des Tätigkeitsbereiches von IG.
  - *Aggregation*, d. h. Bündelung und Komprimierung einer Gesamtposition der IG.
  - *Selektion*, d. h. Ausgleich von Extrem- und Minderheitsmeinungen durch Abstimmungen.
  - *Politische Integration*, d. h. Partizipation am politischen Leben.

#### 4. Adressaten und Methoden der Einflußnahme

##### *Parlament:*

##### 1. Lobbying durch gezielte Kontakte zu „nahestehenden“ Parlamentariern:

- Kontakt erfolgt auch nur zur bloßen Information; es wird dabei nicht zwangsläufig über Interessen „geklüngelt“.

##### 2. Lobbying durch Mitgliedschaft von Abgeordneten in Verbänden:

- es gibt keinen Verband, der eine reale Chance hat, die Mehrheit der Abgeordneten zu gewinnen

##### 3. Lobbying durch „Positionierung“ von Verbandsmitgliedern in Fraktionsarbeitsgruppen und Parlamentsausschüssen:

- Willensbildung im deutschen Bundestag erfolgt in spezialisierten Parlamentsausschüssen und Fraktionsarbeitsgruppen, deren Vorschlägen die übrigen Abgeordneten in der Regel folgen

- Verbandseinfluß konzentriert sich daher konsequent auf diese parlamentarischen Schnittstellen.

- Von dort haben überparteiliche Koalitionen von Interessenvertretern Chancen ihre Forderungen durchzusetzen.

##### *Regierung:*

- Gesetzesvorlagen entstehen in der Regierung und Verordnungen und Einzelentscheidungen fallen allein in deren Kompetenzbereich

- Interessenorganisationen wollen auf den Inhalt der Gesetze und Verordnungen in ihrem Entstehungsstadium Einfluß nehmen, wo sie noch leicht veränderbar sind.

- dazu werden sie auch üblicherweise eingeladen.

- in den Beiräten der Bundesministerien, die eigentlich als reines Expertengremium gedacht sind, stellen einen erheblichen Teil der Mitglieder offizielle Verbandsvertreter

- es bestehen etablierte Querverbindungen zwischen bestimmten Verbänden und Ministerien

- Verbände haben in der Regel eine Nähe zu den Ministerien mit dem Zuständigkeitsbereich, deren Interessen sie vertreten.

##### *Parteien:*

Die allgemeine Richtung der parlamentarischen und der gouvernementalen Politik wird durch die politischen Parteien beeinflusst.

##### 1. Beeinflussung durch Einsatz von Geldmitteln

- besonders von Unternehmensverbänden eingesetzt.

- wird unterschieden in die finanzielle Unterstützung einer ganzen Partei, einzelner Politiker oder Teilorganisationen und Publikationen.

##### 2. personelle Durchdringung von Parteien

- keine Unterwanderung der Mitgliederbasis, sondern vielmehr Durchdringung von Parlamentsfraktionen und interessanter Parteiarbeitskreise

- vielfach besteht auch bei Parteien ein Interesse an Verbandsvertretern, um die Unterstützung eines Verbandes oder Experten für bestimmte Sachgebiete zu gewinnen

- verbandspolitisch interessante Positionen kann man meistens nur erreichen, wenn man auch in einer Partei verankert ist
- somit kommt auch umgekehrt Parteienpolitik in den Verband

#### 1. Beeinflussung des Wahlverhaltens der Mitglieder

- indem in Mitgliederversammlungen und Publikationen Übereinstimmungen bzw. Kontroversen mit einer Partei offenbart werden
- der Druck der Verbände in diesem Bereich bleibt begrenzt, denn es wirken zu viele verschiedene Einflüsse auf den Wähler ein

#### *Öffentliche Meinung:*

- Öffentlichkeitsarbeit der Interessenorganisationen wird unterschieden in publizistische Einzelaktionen (Kontaktpflege zu Journalisten, Presseerklärungen, eigene Publikationen und Demonstrationen) und langfristig angelegte Meinungspflege (die eigenen Interessen werden dabei gewöhnlich am Gemeinwohl und an allgemein akzeptierten Werten legitimiert)

### 5. **Legitimationsproblematik**

- Analyse: Die einzelnen Interessenverbände werden durch ihre Mitglieder und Sympathisanten legitimiert. Man muss aber unterscheiden:
  - o der Anteil derer die sich von einer Organisation vertreten füllen ist höher als
  - o der Anteil derer die Mitglied sind
  - o auch bei den Mitgliedern füllen sich nicht alle durch ihren Verband repräsentiert
  - o außerdem herrscht ein Schwund oder Stagnation bei den Mitgliederzahlen bei den traditionellen Verbänden
  - o nur bei den neuen Organisationen die eine kulturelle Spannungslinie repräsentieren ist eine größere Akzeptanz zu spüren (Umweltverbände, Naturschutzgruppen, usw.)
- Die Parteien werden durch ihre Wahl legitimiert.
- Parteien lassen sich immer irgendeiner Richtung einer bestimmten Interessengruppe zuordnen.
- So lässt sich die SPD den Arbeiterverbänden ( DGB, DAG, CGB) zuordnen, die CDU, CSU, FDP dem Kapital und religiös, konfessionell orientierten Verbänden ( Freiberufler, BDI, BDA, BJU, ASU, Gewerbeverbände, Katholische und Evangelische Verbände) .
- Die Grünen eher den neuen politisch ökologisch orientierten Verbänden ( BUND, BBU, Frauenorganisationen)

### 6. **Organisationsproblematik**

Wichtiges Problem der Legitimation ist die richtige Organisation → Für diese richtige und geordnete Organisation ist ein gewisses finanzielles Potential nötig → Die Finanzierung erfolgt über Beiträge, Spenden, öffentliche Zuwendungen.

Dieses finanzielle Potential haben die traditionellen Verbände:

- Arbeitgeberverbände: sehr hohes Finanzpotential
- Arbeitnehmerverbände: große Rücklagen, Problem: Rückgang der Mitglieder
- neue Verbände: keine großen Finanzen

Durch die nicht vorhanden großen finanziellen Mittel der neuen Verbände ist eine nicht allzu große Einflussnahme auf das tägliche politische Geschäft möglich. Dies wird aber versucht zu bessern durch Institutionelle Vorkehrungen (Minderheitenschutz) und advokatorische Maßnahmen (Übernahme der Forderungen durch andere politische Gruppierungen).

## **7. Zukunft der IG**

- Die IG der Zukunft müssen sich mehr an den neuen Gegebenheiten der Zukunft orientieren
- Industrie wird kleiner - Dienstleistungen werden größer
- Mitgliederzahlen gehen zurück - Zusammenschluss mit gleich orientierten Verbänden
- immer größer werdende Konkurrenz der traditionellen Verbände mit den neuen Verbänden (Umweltverbände, Naturschutz usw.)
- die Erfolgsabhängigkeit der Verbände hängt auch von der jeweilig regierenden Regierung ab

## **8. Literaturauswahl**

Beyme, Klaus von <sup>9</sup>1999: Das politische System der BRD, Opladen: Westdeutscher Verlag.

Ellwein, Thomas / Hesse, Joachim <sup>8</sup>1997: Das Regierungssystem der BRD (Bd. 1), Opladen: Westdeutscher Verlag.

Nohlen, Dieter (Hrsg.) <sup>2</sup>2002: Kleines Lexikon der Politik, München: C.H.Beck.

Rudzio, Wolfgang <sup>5</sup>2000: Das politische System der Bundesrepublik Deutschland, Opladen: Leske + Budrich.

Schmidt, Manfred G. Stuttgart 1995: Wörterbuch zur Politik, Stuttgart: Kröner.

Schmitter, Philip C. / Lehmbruch, Gerhard 1979: Trans toward corporatist intermediation, London.

Schneider, Michael 2000: Kleine Geschichte der Gewerkschaften, Ihre Entwicklung in Deutschland von den Anfängen bis heute. Bonn: C.H.Beck.

Sebaldt, Martin 1997: Verbände und Demokratie: Funktionen bundesdeutscher Interessengruppen in Theorie und Praxis, in: APuZ B36-37. S.27 - 37.

Weßels, Bernhard 1991: Vielfalt oder strukturierte Komplexität? Zur Institutionalisierung politischer Spannungslinien im Verbände- und Parteiensystem der Bundesrepublik, in: KZfSS (43), Heft 3. S. 454-475.

Informationen zur politischen Bildung 1996 (253): Interessenverbände.